

MURI

«Verfahrenre Sache» und «peinlich»

Den Durchblick hat kaum noch jemand. Die Sache werde immer komplexer – so der Tenor aus Muris Parteien im Vorfeld der Gümligenfeld-Abstimmung. Auch die Diskussion um die Bewilligungen im Tannental beunruhigt.

Das juristische Hickhack in Muri nimmt kein Ende: Ist der Gegenvorschlag des Gemeinderates für die Abstimmung über das Gümligenfeld rechtlich korrekt oder nicht? Und was ist in der Baukommission passiert, dass sie Fachmärkten im Tannental Betriebsbewilligungen erteilte, die der Kanton nun für nichtig erklärt hat?

Nicht zurück

Eine Umfrage unter den Parteien zeigt: Trotz der neusten Kritik von SP-Mann Roland Näf (wir berichteten) stehen die bürgerlichen Parteien weiterhin hinter dem Gegenvorschlag des Gemeinderates. «Bei einer Vorlage ist wohl nie zu 100 Prozent alles rechtlich geklärt», argumentiert SVP-Präsident Christian Spycher. «Für uns hingegen ist die Initiative rechtlich nicht korrekt.»

Die FDP sieht in Näfs Kritik vor allem «einen Versuch, den Gegenvorschlag schlechtzumachen», so Präsident Peter Kneubühler. Dieser sei rechtmässig. Das Prozedere und die Rolle des

Kantons seien aber «schon enorm komplex». Das verstehe «bald niemand mehr».

Die CVP hat noch keine Abstimmungspareole gefasst. «Das ist eine heillos verfahrenre Sache», sagt Präsident Hans Heller. Das schade der Gemeinde.

Zu kompliziert

Unzimmerlich äussern sich die Jungfreisinnigen: Sie werfen der Aktion Gümligenfeld «Verschwörungstheorien in schlechter Mörgeli-Manier» und eine Verunglimpfung der politischen Gegner vor. Das mag Aktions-Präsidentin Astrid Furtwängler so nicht stehen lassen. Man bemühe sich, sachlich zu sein: «An einem solchen Kleinkrieg ist uns überhaupt nicht gelegen.»

Die SP stützt die Kritik ihres Mitglieds Roland Näf voll und ganz: «Für uns ist der Gegenvorschlag juristisch nicht haltbar», sagt Präsidentin Daniela Pedinelli. Das habe man auch schon früher gesagt. Pikant daran: Pedinelli sitzt seit kurzem selber in Muris Gemeinderat.

Für Forums-Präsident David von Steiger hingegen ist klar: «Diese Spitzfindigkeiten kann nur noch ein Planungsrechtsspezialist beurteilen.» Offene juristische Fragen gebe es bei beiden Vorlagen. «Letztlich soll das Volk jetzt einfach mal sagen können, ob es mehr Verkehr ins Gümligenfeld will oder nicht.»

Anders die EVP: «Ich frage mich, ob man die Abstimmung

nicht verschoben sollte», sagt Präsident Martin Humm. Die Situation sei so kompliziert, dass man sich kaum mehr eine Meinung bilden könne.

Über die Bücher

Allgemein wenig Freude haben die Parteien am Fauxpas der Baukommission im Tannental. Die Jungfreisinnigen sprechen von einem «groben und peinlichen Fehler». «Ich bin schockiert», sagt EVP-Präsident Martin Humm. Man könne doch nicht einfach Begriffe gebrauchen, die juristisch nicht verankert seien.

«Wir müssen das in den Griff kriegen», sagt Daniela Pedinelli für die SP. Ihre Partei habe sich bereits mit mehreren Vorstössen für die Qualitätssicherung in den Kommissionen eingesetzt. Auch für die FDP ist klar, «dass man nun die Abläufe prüfen muss». Die Baukommission habe sicher einen guten Entscheid fällen wollen, ist Forums-Präsident David von Steiger überzeugt: «Aber sie ist halt trotzdem eine Laiengremium.» Inwiefern diese Kritik auch in Vorstösse münden wird, lassen die Parteien allerdings noch offen.

LUCIA PROBST





Am 24. Februar wird abgestimmt, doch die juristischen Streitereien rund um die Gümligenfeld-Vorlagen halten an.

Susanne Keller